

## AfD-AnhängerInnen

**Bericht** von Martin Kroh und Karolina Fetz

Das Profil der AfD-AnhängerInnen  
hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert 711

**Interview** mit Martin Kroh

»AfD-AnhängerInnen kommen zunehmend  
aus der Gruppe der NichtwählerInnen« 720

**Am aktuellen Rand** Kommentar von Elke Holst

Entgeltgleichheitsgesetz:  
Mehr Transparenz beim Verdienst? 724



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
83. Jahrgang  
24. August 2016

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Gritje Hartmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Sebastian Kollmann  
Dr. Peter Krause  
Ilka Müller  
Miranda Siegel  
Dr. Alexander Zerrahn

#### Lektorat

Nolan Ritter

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

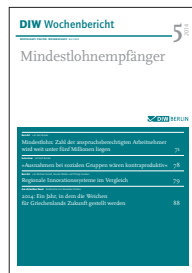
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

**Standard-Abo:** 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

**Studenten-Abo:** 49,90 Euro.

**Probe-Abo:** 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de) oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

#### NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)

#### RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

## Die Anlagepolitik der Lebensversicherungen und Pensionskassen in der Bundesrepublik

Die Vermögensanlagen [Ohne Bargeld, Sicht- und Termineinlagen.] aller privaten Versicherungsunternehmen [Ohne Krankenversicherungen, Sterbekassen und unter Landesaufsicht stehende Pensionskassen.] in der Bundesrepublik Deutschland haben sich in den letzten fünfzehn Jahren mehr als verdoppelt [Jeweils Jahresende und in Mrd. DM; 1960 24,2; 1962 32,1; 1964 41,4; 1965 46,8.] und belaufen sich gegenwärtig auf über 50 Mrd. DM. An diesen Vermögensanlagen haben die Lebensversicherungen und Pensionskassen – im folgenden auch zusammenfassend Kapitalversicherungen genannt – einen Anteil von knapp 80 vH. Die Höhe dieses Anteils erklärt sich aus dem verschiedenartigen Versicherungsschutz, den die einzelnen Versicherungszweige anbieten; hieraus ergeben sich Unterschiede in der Beitragsstruktur und der Rangfolge der Anlageprinzipien.

Der Versicherungsschutz der Schaden-, Unfall- und Rückversicherungsunternehmen ist überwiegend auf einen „Eventualbedarf“ abgestellt. Die Beitragshöhe wird daher entscheidend durch die Risikoprämie beeinflusst, und da es ungewiß ist, ob und gegebenenfalls wann der Versicherungsfall eintritt, ist hier die Sicherstellung einer ständigen Zahlungsbereitschaft das primäre Prinzip der Anlagepolitik. Demgegenüber müssen die Kapitalversicherungen bei der Kalkulation ihrer Beiträge davon ausgehen, daß fast alle abgeschlossenen Verträge auch Leistungen erfordern werden. Die Unternehmen müssen daher jene Mittel während der Vertragsdauer ansammeln, die bei Ablauf des Versicherungsvertrages in Form einer einmaligen oder periodisch wiederkehrenden Leistung auszuzahlen sind.

aus dem Wochenbericht Nr. 34 vom 26. August 1966

# Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert

Von Martin Kroh und Karolina Fetz

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist drei Jahre nach ihrer Gründung in acht deutschen Landtagen vertreten. Die mit europakritischem und national-konservativem Profil gegründete Partei hat sich sowohl programmatisch als auch personell stark verändert und ähnelt zunehmend anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa. Die vorliegende Untersuchung auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) der Jahre 2014 bis 2016 deutet darauf hin, dass die Bindung der AnhängerInnen an die AfD verhältnismäßig schnell erfolgt ist. Drei Jahre nach Gründung geben mehr Menschen an, sich mit der AfD verbunden zu fühlen, als jemals mit den Republikanern, der DVU oder der NPD. Der Anteil der Parteibindungen ist im Falle der AfD damit ungefähr so hoch wie das langfristige Mittel der FDP und etwas unter dem Niveau der Grünen in den 1980er Jahren. Die AfD-AnhängerInnenenschaft ist im Umfang gewachsen und hat sich in ihrer Zusammensetzung deutlich verändert: Die Partei findet ihre AnhängerInnen mehr und mehr unter NichtwählerInnen und im Lager rechtsextremer Parteien sowie unter BürgerInnen, die angaben, unzufrieden mit der Demokratie zu sein und solchen, die erklärten, sich vor Zuwanderung zu fürchten.

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist heute in der Hälfte der deutschen Landesparlamente vertreten.

Öffentlichkeit und Medien diskutieren, ob es der AfD gelingen wird, sich dauerhaft in der deutschen Parteienlandschaft zu etablieren.<sup>1</sup> Im Fokus stehen vor allem die Auswirkungen interner Streitigkeiten, Verschiebungen in der programmatischen Ausrichtung und den jüngst immer deutlicher werdenden rechtspopulistischen Tendenzen (Kasten 1).

Oft wird die AfD als Protestpartei bezeichnet, die nur kurzfristig von politischen und gesellschaftlichen Ereignissen, wie etwa der Euro(pa)-Krise oder den Fluchtbewegungen, profitiert. Auch wegen ihrer innerparteilichen Auseinandersetzungen wird hinterfragt, ob die Partei langfristig eine Rolle auf der politischen Bühne spielen wird. Dies könnte davon abhängen, ob sie sich von rechtsextremen Positionen innerhalb der eigenen Reihen abgrenzt.<sup>2</sup> Andere rechte Parteien, wie etwa die Republikaner oder die DVU, konnten sich nicht dauerhaft als demokratische Parteien in den deutschen Parlamenten etablieren.

Während in Deutschland neue rechtspopulistische Parteien insbesondere auf Bundesebene bisher keine große Rolle spielten, sind vergleichbare Parteien in Nachbarländern schon seit den 1990er Jahren vertreten<sup>3</sup> und teilweise sogar in Regierungsverantwortung gewesen. Auch in Ländern, in denen Rechtspopulisten nicht in Regierungsverantwortung waren, haben sie die öffentliche

<sup>1</sup> Zum Beispiel Tagesspiegel vom 14.03.2015: Die Zukunft der AfD: Noch weiter nach rechts. Stern vom 20.05.2015: stern-Umfrage: Breite Mehrheit sieht keine Zukunft für die AfD.

<sup>2</sup> Vgl. Diskussion von Decker, F. (2016): Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung. In: Häusler, A. (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden, 7-23.; Niedermayer, O. (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland. In: Niedermayer, O. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden, 175-207.

<sup>3</sup> Für eine Diskussion vgl. zum Beispiel Die Zeit vom 10.07.2015: Ist die AfD nun am Ende?

Kasten 1

### Die programmatische Entwicklung der AfD

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat sich in ihrer jungen Geschichte sowohl programmatisch als auch personell stark verändert. Die Partei wird heute vielfach als deutsches Pendant zu anderen rechtspopulistischen Bewegungen in Europa, wie etwa dem französischen Front National, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der niederländischen Partij voor de Vrijheid, gesehen<sup>1</sup>. Das Phänomen neuer, rechtspopulistischer Parteien ist in vielen europäischen Ländern seit den 1990er Jahren aufgetreten, doch bildete Deutschland bislang eine Ausnahme.<sup>2</sup>

#### 2013 bis 2014

Die AfD gründete sich im April 2013 in Berlin. Sie entstand im Kontext der Eurokrise und wurde maßgeblich durch den Mitbegründer und Parteisprecher Bernd Lucke geprägt. Inhaltliche Schwerpunkte waren zunächst die kritischen Positionen zur Euro-Rettung und die Finanzhilfen für Griechenland. Dies wird auch innerhalb der in 2014 beschlossenen „Politischen Leitlinien“<sup>3</sup> und im Europawahlprogramm<sup>4</sup> deutlich. Gesellschaftspolitisch stand die frühe AfD für sehr konservative Haltungen, unter anderem in Bezug auf Familienpolitik und Geschlechterpolitik mit ihrer expliziten Abkehr vom sogenannten Gender-Mainstreaming.<sup>5</sup> Das Thema Zuwanderung spielte zu

diesem Zeitpunkt noch eine sekundäre Rolle.<sup>6</sup> In der Parteienlandschaft lässt sich die AfD seit ihrer Gründung rechts verorten – mit ihren wirtschaftspolitischen Positionen etwa auf Höhe der FDP, mit ihren konservativen gesellschaftspolitischen Positionen rechts der CDU/CSU.<sup>7</sup>

Im öffentlichen und politischen Diskurs wurde der Partei von Beginn an vorgeworfen, rechtspopulistisch zu sein. In der Tat propagierte die AfD – dem Kernelement des Populismus entsprechend – unter dem Slogan „Mut zur Wahrheit“ die Unterscheidung zwischen ihr als Vertreterin des „gesunden Menschenverstands“ und des BürgerInneninteresses<sup>8</sup> sowie den „Altparteien“ als politischem Establishment, die den Bezug zur Bevölkerung verloren hätten.<sup>9</sup> Die Partei forderte in diesem Zusammenhang mehr BürgerInnenbeteiligung und direkte Demokratie. Die frühe AfD wird jedoch auf Basis der verabschiedeten „Politischen Leitlinien“ zunächst als europakritisch und national-konservativ eingestuft.<sup>10</sup>

#### 2015 bis heute

Rechtspopulistische Tendenzen der frühen AfD äußern sich etwa in Aussagen mit kulturell-abwertenden Bezügen beispielsweise im Hinblick auf Zuwanderung, der politischen Vergangenheit einzelner Parteimitglieder sowie dem uneinheitlichen Umgang mit der BürgerInnenbewegung Pegida. Diese Punkte bargen auch innerparteilich großes Konfliktpotential. Die monatelangen Streitigkeiten um Personalien, in denen es auch um die inhaltlich-ideologische Ausrichtung der Partei ging, gipfelten im Sommer

<sup>1</sup> Lewandowsky, M., Giebler, H., Wagner, A. (2016): Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. Politische Vierteljahresschrift 57 (2), 247-275.

<sup>2</sup> Oppelland, T. (2016): Alternative für Deutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dossier Parteien in Deutschland. Bonn, 172-187. [www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/](http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/), abgerufen am 12. Juli 2016.

<sup>3</sup> Alternative für Deutschland (2014): Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland. [www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/07/AfD\\_Leitlinien\\_2014\\_DE.pdf](http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/07/AfD_Leitlinien_2014_DE.pdf), abgerufen am 12. Juli 2016.

<sup>4</sup> Alternative für Deutschland (2014): Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. [www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf](http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf), abgerufen am 12. Juli 2016.

<sup>5</sup> Alternative für Deutschland (2014), a. a. O.; vgl. auch Niedermayer, O. (2015), a. a. O.

<sup>6</sup> Alternative für Deutschland (2014), Politische Leitlinien, a. a. O.

<sup>7</sup> Decker, F. (2016), a. a. O.

<sup>8</sup> Bebnowski, D. (2015): Die Alternative für Deutschland: Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei. Wiesbaden.

<sup>9</sup> Vgl. auch Decker, F. (2016), a. a. O.; Häusler, A., Roeser, R. (2015): Die rechten "Mut"-Bürger: Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland. Hamburg.

<sup>10</sup> Niedermayer, O. (2015), a. a. O.; Plehwe, D., Schlögl, M. (2014): Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD). WZB Discussion Paper SP III 2014-501r.

Debatten nachhaltig geprägt, wie etwa der französische Front National oder die britische UK Independence Party.

Im Hinblick auf diese Diskussion widmet sich die folgende Untersuchung zwei Fragen. Erstens, ob die AfD auf dem Weg ist, auch mittel- oder langfristig eine Konkurrenz für die etablierten Parteien in Deutschland zu werden. Zweitens wird im Zuge der Verschiebungen

in der inhaltlich-ideologischen Ausrichtung der Partei (Kasten 1) die sich verändernde Zusammensetzung der AnhängerInnenschaft<sup>4</sup> der Partei zwischen 2014 und 2016 analysiert.

<sup>4</sup> Siehe hierzu auch „Parteibindung“ im DIW Glossar [www.diw.de/de/diw\\_01.c.413409.de/presse/diw\\_glossar/parteibindung.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.413409.de/presse/diw_glossar/parteibindung.html).

2015 mit dem Parteiaustritt von Bernd Lucke und einem großen Teil des neoliberalen Flügels. Viele ehemalige AfD-Mitglieder fanden sich dann in der Partei ALFA (Allianz für Fortschritt und Aufbruch) neu zusammen. In der Folge war unter Frauke Petry und Jörg Meuthen an der Parteispitze der AfD eine inhaltliche Verschiebung zu beobachten, wodurch national-konservative Positionen deutlich die Oberhand gewannen.<sup>11</sup> Im Kontext der Fluchtbewegungen im Sommer 2015 wurde dies vor allem an dem Thema Zuwanderung deutlich, welches seitdem einen stärkeren Schwerpunkt in der AfD-Programmatik einnahm. Die bis dato dominierende Euro(pa)thematik wurde in den Hintergrund gedrängt. Auch der direkte Vergleich der „Politischen Leitlinien“<sup>12</sup> aus dem Jahr 2014 und des im Mai 2016 verabschiedeten „Grundsatzprogramms“ offenbart diese programmatische und ideologische Verschiebung, die ebenfalls mit einer Verschärfung der Rhetorik der AfD im öffentlichen und politischen Diskurs einhergeht. Zum jetzigen Zeitpunkt kann die AfD sehr viel eindeutiger als noch in ihrer Gründungsphase als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Beispielhaft für diese Entwicklung ist, dass die beiden Abgeordneten der AfD im Europaparlament im Frühjahr 2016 zunächst die konservative, EU-kritische Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformer“ wegen fremdenfeindlicher Äußerungen, unter anderem zum Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete, verlassen mussten. Sie traten dann den EU-Fraktionen „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ und „Europa der Nationen und der Freiheit“ bei. Diesen Fraktionen gehören auch die UK Independence Party (UKIP) beziehungsweise der französische Front National, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die niederländische Partij voor de Vrijheid an. Die AfD reiht sich somit explizit in die Riege der rechtspopulistischen Parteien in Europa ein.

<sup>11</sup> Decker, F. (2016), a. a. O.; Oppelland, T. (2016), a. a. O.

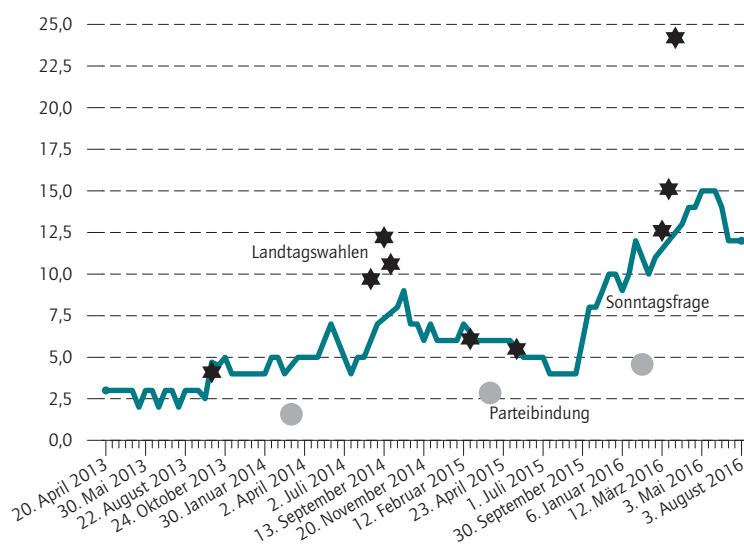
<sup>12</sup> Alternative für Deutschland (2014), Politische Leitlinien, a. a. O.; Alternative für Deutschland (2016): Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland: Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes. [www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf](http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf), abgerufen am 12. Juli 2016.

## Wie groß ist die AnhängerInnenschaft der AfD?

Seit ihrer Gründung hat die AfD bei mehreren Wahlen zahlreiche Stimmen erhalten (Abbildung 1). Bei der Bundestagswahl und der hessischen Landtagswahl im Jahr 2013, wenige Monate nach der Parteigründung, verfehlte die AfD zwar knapp den Sprung über die Fünf-Prozent-

Abbildung 1

### Popularität der AfD Unterstützung in Prozent



Quellen: Bundeswahlleiter; infratest dimap für ARD-DeutschlandTREND; Sozio-oekonomisches Panel v32.beta.

© DIW Berlin 2016

Unter Personen mit einer langfristigen Parteibindung schneidet die AfD schlechter ab als in der Sonntagsfrage.

Hürde, aber bei den im Spätsommer 2014 folgenden Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zog die AfD in alle drei Landtage ein. Seit Februar und Mai 2015 ist sie auch in den Bürgerschaften von Hamburg und Bremen vertreten. Nach der Spaltung der Partei im Sommer 2015 und unter neuer Führung erzielte die AfD bei den Landtagswahlen im Jahr 2016 ihre bislang höchsten Stimmenanteile: In Rheinland-Pfalz erhielt sie 12,6 Prozent der Stimmen, in Baden-Württemberg 15,1 Prozent und in Sachsen-Anhalt 24,2 Prozent.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch in den monatlichen Befragungsdaten, die beispielsweise von *infratest dimap* für den ARD-DeutschlandTrend erhoben werden. In der Sonntagsfrage<sup>5</sup> zeigt sich seit Herbst 2014 eine Unterstützung der AfD über der Fünf-Prozent-Hürde, die in der Zeit der parteiinternen Konflikte und dem Wechsel an der Parteispitze im Sommer 2015 einen Dämpfer erhielt (Kasten 2). Seit Mitte Januar 2016 erreicht die AfD in den Meinungsumfragen stabile Werte über zehn Prozent.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Siehe hierzu auch „Sonntagsfrage“ im DIW Glossar [www.diw.de/de/diw\\_01.c.413406.de/presse/diw\\_glossar/sonntagsfrage.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.413406.de/presse/diw_glossar/sonntagsfrage.html).

<sup>6</sup> [www.infratest-dimap.de/umfragenanalysen/bundesweit/sonntagsfrage/](http://www.infratest-dimap.de/umfragenanalysen/bundesweit/sonntagsfrage/).

Kasten 2

**Wahlentscheidung, Sonntagsfrage und Parteibindung**

Um die Unterstützung der AfD in der Bevölkerung zu untersuchen, werden drei Indikatoren herangezogen. Erstens die tatsächlichen Wahlergebnisse, also der **Zweitstimmenanteil** der AfD bei den Wahlen zwischen 2013 und 2016. Zweitens die **Sonntagsfrage**, also der Anteil der Befragten, die in monatlichen Umfragen angeben, die AfD zu wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Drittens die **Parteibindung**, also der Anteil der Personen mit einer langfristigen Bindung an eine Partei, der angibt, die AfD und keine andere Partei zu unterstützen. Diese sogenannte Parteibindung wird in der jährlichen Wiederholungsbefragung des SOEP erhoben.

Die langfristige Parteibindung (*AnhängerInnenschaft*) wird in der deutschen Wahlforschung mit der Frage gemessen: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Sofern die Befragten dies bejahen, wird daraufhin ermittelt, welcher Partei sie zuneigen.<sup>1</sup> Im Gegensatz zur aktuellen Stimmung, die sich verstärkt in der Sonntagsfrage widerspiegelt, lassen sich mit der Parteibindung langfristige Trends in der AnhängerInnenschaft der Parteien untersuchen.

Ein gängiger Befund in vielen westlichen Ländern ist die abnehmende Häufigkeit von Parteibindungen.<sup>2</sup> Derzeit geben etwa 50 Prozent der Befragten in einer jährlichen Erhebung des SOEP an, sich langfristig einer Partei verbunden zu fühlen. In den 80er Jahren lag dieser Anteil noch fünf bis zehn Prozentpunkte höher.<sup>3</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, dass die anderen

50 Prozent der Befragten politisch völlig ungebunden sind. Viele Befragte schwanken bei zwei aufeinanderfolgenden Erhebungen zwischen der Nennung einer Parteibindung und politischer Unabhängigkeit.

Eine Besonderheit unterscheidet das SOEP von vielen anderen politischen Befragungen: Auskunft über ihre politischen Einstellungen geben hier nicht nur Wahlberechtigte, also Personen über 18 Jahre mit deutschem Pass, sondern auch 17-Jährige und in Deutschland Lebende ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Alle Auswertungen des Wochenberichts beziehen sich auf diese breitere Abgrenzung *aller* Personen in Deutschland, die 17 Jahre und älter sind. Die Wahrscheinlichkeit der Bejahung der Frage, ob Personen längere Zeit einer bestimmten Partei zuneigen, ist bei jungen Menschen und neuen MigrantInnen zunächst geringer, sie steigt jedoch stetig mit zunehmender Erfahrung im politischen System.<sup>4</sup>

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine seit 1984 jährlich stattfindende, repräsentative Wiederholungsbefragung von derzeit etwa 28 000 erwachsenen Befragungspersonen in etwa 16 000 Haushalten. Die Mehrzahl der Interviews wird durch geschulte InterviewerInnen des beauftragten Instituts TNS Infratest in der ersten Jahreshälfte durchgeführt. Somit lagen Ende Juli 2016 etwa 16 000 Interviews von erwachsenen SOEP-TeilnehmerInnen vor, was etwa zwei Drittel aller Wiederholungsbefragungen für 2016 entspricht.

Die für das Jahr 2014 ausgewiesenen Berechnungen sind auf der SOEP-Version v31 entstanden, die Berechnungen für 2015 basieren auf der SOEP-Version v32.beta und können somit von der finalen Version v32 abweichen. Alle Analysen sind gewichtet berechnet worden, wobei die ermittelten Gewichte für das Jahr 2016 eine Fortschreibung der Gewichte für das Jahr 2014 und 2015 darstellen.

**1** Falter, J., Schoen, H., Caballero, C. (2003): Dreißig Jahre danach. Zur Validierung des Konzepts „Parteiidentifikation“ in der Bundesrepublik. In: Klein, M., Jagodzinski, W., Mochmann, E., Ohr, D. (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektive, Daten. Wiesbaden, 235-271.  
**2** Dalton, R. J., Wattenberg, M. (Hrsg.) (2000): Parties without partisans. Oxford.  
**3** Kroh, M., Siedler, T. (2008): Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommensschichten? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41/2008, 628-634; Kroh, M., Schupp, J. (2011): Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 12/2011.

**4** Zur Dauer bis zur Nennung der ersten Parteibindung bei Jugendlichen vgl. Kroh, M., Schoen, H. (2010): Politisches Engagement. In: Krause, P., Ostner, I. (Hrsg.) (2010): Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010. Frankfurt, 543-555.

Wahlergebnisse und die Sonntagsfrage spiegeln zum Teil langfristige Bindungen an Parteien und Ideologien, zum Teil aber auch kurzfristige Stimmungen wider, wie die Beurteilung aktueller Sachthemen und konkurrierender KandidatInnen. Lediglich Parteien, die auf eine hinreichend große, langfristig loyale AnhangerInnenschaft bauen können, laufen nicht Gefahr, durch

kurzfristige Stimmungstiefs bei der nächsten Wahl an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern.<sup>7</sup> Die Abfrage der

**7** Converse, P. E. (1966): The Concept of Normal Vote. In: Campbell, A., Converse, P. E., Miller, W. E., Stokes, D. E. (Hrsg.): Elections and the Political Order. New York, 9-39.

Parteibindung ermöglicht es, die für Parteien und ihren langfristig stabilen Wahlerfolg wichtigen AnhängerInnenenschaft und deren Umfang zu bestimmen (Kasten 2). Zur Untersuchung der Frage, ob die AfD mittel- oder langfristig bestehen wird, ist sie deshalb besonders relevant.<sup>8</sup> Eine Analyse der Daten des SOEP aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 zeigt, dass die AfD ihre AnhängerInnenenschaft mit der Zeit vergrößern konnte. Insgesamt gaben etwa 50 Prozent aller Befragten an, sich einer Partei verbunden zu fühlen. Davon sagte im Jahr 2014 ein geschätzter Anteil von einem bis zwei Prozent, der AfD längerfristig zuzuneigen, während die verbleibenden etwa 98 bis 99 Prozent angaben, andere Parteien zu unterstützen. Im Jahr 2016 fühlten sich bereits zwischen vier und fünf Prozent der Befragten, die eine langfristige Parteibindung nannten, der AfD verbunden.<sup>9</sup>

Zum einen zeigt sich also, dass der Anteil der AfD in der Sonntagsfrage sowie in den Wahlergebnissen bislang über dem Anteil lag, den sie unter Personen mit einer langfristigen Parteibindung erreichten (Abbildung 1): Die volatilen Ergebnisse der AfD speisten sich also bisher zu einem guten Teil aus kurzfristigen Stimmungen.<sup>10</sup>

Zum anderen zeigt sich im Vergleich auch, dass die AfD in den drei Jahren ihres Bestehens vergleichsweise schnell AnhängerInnen an sich binden konnte. Ein Anteil von geschätzten vier bis fünf Prozent unter den ParteianhängerInnen im Jahr 2016 mag auf den ersten Blick gering erscheinen, generell bilden sich Parteibindungen jedoch relativ langsam heraus.<sup>11</sup> Der Anteil der AfD-Parteibindungen liegt bereits heute über dem, was im SOEP seit dem Jahr der ersten Erhebung 1984 jemals für die Republikaner, die DVU und die NPD gemessen wurde und bewegt sich etwa im Bereich des langjährigen Mittels der FDP. Der Anteil der Parteibindungen der im Jahr 1980 gegründeten Grünen lag in ihren Anfangsjahren mit rund sechs Prozent nur etwas höher.

<sup>8</sup> Bergmann, K., Diermeier, M., Niehues, J. (2016): Parteipräferenz und Einkommen: Die AfD – eine Partei der Besserverdiener? IW-Kurzberichte 19.

<sup>9</sup> Die Prozentanteile beziehen sich hier und im Folgenden immer auf die Befragten des SOEP, die überhaupt eine Parteibindung angeben.

<sup>10</sup> Jung spricht in diesem Zusammenhang von einem sogenannten Volatilitätspublikum. Jung, M. (2015): Die AfD als Chance für die Union. Hanns-Seidel-Stiftung, Politische Studien 460, 66. Jahrgang, März-April 2015, 47–57.

<sup>11</sup> Die hohe Stabilität von Parteibindungen kann für verschiedene westliche Länder bestätigt werden; vgl. zum Beispiel Green, D. P., Palmquist, B. (1994): How stable is party identification? *Political Behavior*, 16 (4), 437–466; Green, D. P., Palmquist, B., Schickler, E. (2002): Partisan hearts and minds. *Political parties and the social identities of voters*. New Haven/London; Zuckerman, A. S. (2005): *The social logic of partisanship*. Philadelphia; Zuckerman, A. S., Dasovic, J., Fitzgerald, J. (2007): *Partisan families: the social logic of bounded partisanship in Germany and Britain*. New York.

## Wer sind die AfD-AnhängerInnen?

Die AfD hat sich in ihrer parteiprogrammatischen Ausrichtung in den ersten drei Jahren deutlich verändert (Kasten 1). Der Wechsel an der Führungsspitze im Sommer 2015 markiert den zentralen Wendepunkt. Er hat dazu geführt, dass national-konservative Ideen stärker betont und das rechtspopulistische Parteiprofil verschärft wurden. Bei dieser wechselhaften inhaltlichen Ausrichtung stellt sich die Frage, ob sich eine parteispezifische Klientel der AfD identifizieren lässt und inwiefern sich der inhaltlich-ideologische Wandel auch in einer sich ändernden Zusammensetzung der AnhängerInnenenschaft abzeichnet.

Tabelle 1

### Personen mit Parteibindung, die der AfD zuneigen, nach sozial-strukturellen Merkmalen

Anteile in Prozent

	2014	2015	2016 <sup>1</sup>
<b>Geschlecht</b>			
Männlich	2	4	6
Weiblich	1	2	3
<b>Alter</b>			
Unter 30 Jahre	2	5	10
30 bis 45 Jahre	1	2	5
46 bis 60 Jahre	2	3	5
Über 60 Jahre	1	2	3
<b>Bildung</b>			
Haupt-/Volksschule	2	3	5
Realschule	2	4	7
(Fach-)Abitur	2	2	2
<b>Beruf</b>			
ArbeiterInnen	2	5	11
Ausbildung	2	6	8
BeamtenInnen	2	3	1
Selbständige/Freiberufler	3	4	5
Angestellte	1	2	4
Nicht erwerbstätig	1	5	8
RentnerInnen	1	2	3
Arbeitslose	1	4	15
<b>Bundesland</b>			
West	1	2	3
Ost	2	6	11
<b>Insgesamt</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>5</b>

<sup>1</sup> Angaben zu Bildung, Beruf und Bundesland beziehen sich auf Angaben von dem Jahr 2015.

*Lesbeispiel:* Von den unter 30-Jährigen, die 2016 angaben, einer Partei in Deutschland längerfristig zuzuneigen, nannten elf Prozent eine dauerhafte Parteibindung für die AfD, die verbleibenden 89 Prozent nannten eine andere Partei.

Quellen: Sozio-ökonomisches Panel v32.beta; Berechnungen des DIW Berlin.

Die AfD hat eine wachsende AnhängerInnenenschaft, die sie aktuell oft unter jungen Menschen, Männern und in den östlichen Bundesländern gewinnt.

Die Daten des SOEP aus den Erhebungswellen der Jahre 2014, 2015 und 2016 lassen eine detaillierte Untersuchung der Personen zu, die angaben, der AfD zuzuneigen. Die Vergleichsgruppe sind im Folgenden Personen, die einer Partei langfristig zuneigen, jedoch eine andere Partei als die AfD unterstützen. Hierdurch können Rückschlüsse auf die spezifischen Bevölkerungsgruppen gezogen werden, in der die AfD viel Zuspruch erfährt. Anzumerken ist, dass die Ergebnisse aus dem Jahr 2016 auf einem Zwischenstand der laufenden Befragung vom Juli dieses Jahres aufbauen. Die Schätzungen zum Jahr 2016 sind somit vorläufig und basieren auf lediglich etwa zwei Drittel aller für 2016 erwarteten Interviews.

### Abkehr von der ProfessorInnen-Partei?

Frühere Befunde deuten darauf hin, dass in der AfD Frauen als Mitglieder unterrepräsentiert sind und insgesamt weniger Frauen die AfD wählen.<sup>12</sup> Über den gesamten Dreijahreszeitraum der Untersuchung zeigen die Auswertungen der SOEP-Daten, dass zwei Drittel der AfD-AnhängerInnen Männer sind. Eine Erklärung dafür, dass die Partei unter Frauen weniger erfolgreich ist, dauerhafte Anhängerinnen zu gewinnen, könnten ihre familienpolitisch sehr konservativen Positionen sein (Kasten 1).

Eine Analyse der Altersstruktur der AfD-AnhängerInnen führt zu folgenden Erkenntnissen: Im Jahr 2014 unterschied sich der Anteil der Befragten mit einer langfristigen Parteibindung für die AfD über die verschiedenen Altersgruppen hinweg kaum. Im Jahr 2016 hingegen lag der Anteil der Befragten mit einer AfD-Parteibindung unter den über 60-Jährigen mit drei Prozent deutlich unter dem Wert für die unter 30-Jährigen mit zehn Prozent.

Die AfD erhielt bereits vor zwei Jahren eine höhere Unterstützung in den östlichen Bundesländern (bei etwa einem Prozent der westdeutschen und etwa zwei Prozent der ostdeutschen Befragten mit langfristiger Parteibindung). Diese Ost-West-Differenz hat sich bis heute weiter verstärkt. Aktuell wird der Anteil der ParteianhängerInnen für die neuen Bundesländer mit elf Prozent mehr als dreimal so hoch geschätzt wie für Westdeutschland.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Zum Frauenanteil unter den AfD-Mitgliedern vgl. zum Beispiel [de.statista.com/statistik/daten/studie/192247/umfrage/frauenanteil-in-den-politischen-parteien/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/192247/umfrage/frauenanteil-in-den-politischen-parteien/); und zum geringen Frauenanteil unter Abgeordneten und WählerInnen zum Beispiel Die Zeit vom 25.01.2016: Frauen und die AfD: Männersache.

<sup>13</sup> Inwieweit die Politikinhalt der AfD besonders jüngere Menschen und BürgerInnen in den neuen Bundesländern ansprechen und inwieweit dieser Befund Ausdruck einer geringeren Bindung an die etablierten Parteien in diesen Gruppen widerspiegelt, lässt sich auf Basis der vorliegenden Befunde nicht sagen.

Auch hinsichtlich Bildung und beruflicher Position entwickelt sich ein charakteristisches Profil der AnhängerInnen der AfD. Im Jahr 2014 zeigten sich in Bezug auf Personen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen und beruflichen Stellungen keine besonderen Auffälligkeiten hinsichtlich der prozentualen Verteilung der Befragten mit einer AfD-Parteibindung. Die AfD-AnhängerInnen war anfangs über Bildungs- und Berufsgruppen hinweg recht gleich verteilt. Parallel zu den programmatischen und personellen Umstrukturierungen der AfD lässt sich bis zum Jahr 2016 dagegen eine Veränderung erkennen. Auf der einen Seite zeigt sich, dass die AfD-AnhängerInnen unter den Befragten mit hohem Bildungsabschluss über die drei Befragungsjahre stagnieren. Bei den Personen mit niedrigem und insbesondere denen mit mittleren Bildungsabschluss, also mittlerer Reife, erhöhte sich hingegen der Anteil der AfD-Parteibindungen von etwa zwei Prozent im Jahr 2014 auf geschätzt fünf beziehungsweise sieben Prozent in 2016. Diese Entwicklung deckt sich mit Veränderungen in der AfD-AnhängerInnen in den unterschiedlichen Berufsgruppen. Hier stieg die Anziehungskraft der Partei im Zeitraum 2014 bis 2016 sehr deutlich unter ArbeiterInnen von zwei auf elf Prozent und unter Arbeitslosen sogar von einem auf 15 Prozent.

### Wen haben die heutigen AfD-AnhängerInnen bei der Bundestagswahl 2013 gewählt?

Neben der jährlichen Erhebung der langfristigen Parteibindung wurden die Befragten im SOEP auch nach ihrer konkreten Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 befragt (Tabelle 2). Der Vergleich zwischen der Wahlentscheidung im Jahr 2013 und der aktuellen Parteibindung zeigt an, für welche Parteien die heutigen AfD-AnhängerInnen in der Vergangenheit stimmten.

Unter den Personen, die bei der Bundestagswahl 2013 die AfD gewählt hatten, gaben im Jahr 2014 rund 74 Prozent eine Parteibindung zur AfD an. 26 Prozent berichteten von einer Parteibindung für eine andere Partei. WählerInnen, die im Jahr 2013 für eine der etablierten Parteien stimmten und im Rahmen der 2014er-SOEP-Befragung angaben, der AfD zuzuneigen, gab es fast nicht. Dies änderte sich jedoch in den Jahren 2015 und 2016.

Im Jahr 2016 kann die AfD insbesondere unter NichtwählerInnen der Bundestagswahl 2013 (jede fünfte Parteibindung in dieser Gruppe geht 2016 an die AfD)<sup>14</sup> sowie den WählerInnen anderer rechter Parteien (fast

<sup>14</sup> Vgl. auch [www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlergebnisse-2016-in-der-analyse-afd-mobilisiert-nichtwaehler-a-1081852.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlergebnisse-2016-in-der-analyse-afd-mobilisiert-nichtwaehler-a-1081852.html).



Tabelle 2

**Personen mit Parteibindung, die der AfD zuneigen, nach Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2013<sup>1</sup>**

Anteile in Prozent

	2014	2015	2016
NichtwählerInnen	1	3	20
SPD	0	1	2
CDU/CSU	0	1	2
FDP	0	1	6
B90/Die Grünen	0	0	1
Die Linke	0	3	9
Rep./NPD/Rechte	3	6	32
AfD	74	74	73
Sonstige	3	6	8
Insgesamt	2	3	5

<sup>1</sup> Die Angaben zur Bundestagswahl 2013 (Zweitstimme) stammen aus dem Erhebungsjahr 2014.

Lesebeispiel: Von den Befragten, die 2016 angaben, einer Partei in Deutschland längerfristig zuzuneigen, bezeichneten sich 20 Prozent der Personen, die bei der Bundestagswahl 2013 nicht gewählt haben, als AnhängerInnen der AfD.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel v32.beta; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die AfD zieht vor allem ehemalige NichtwählerInnen und WählerInnen rechtsextremer Parteien an, aber auch WählerInnen der Linken und der FDP.

jede dritte Parteibindung in dieser Gruppe geht 2016 an die AfD) AnhängerInnen gewinnen. Auch ehemalige WählerInnen von FDP (etwa sechs Prozent) und Die Linke (etwa neun Prozent)<sup>15</sup> berichteten in diesem Jahr überdurchschnittlich häufig von ihrer Bindung an die AfD. Unter WählerInnen von SPD, B90/Die Grünen und CDU/CSU ist dies mit jeweils einem bis zwei Prozent deutlich seltener der Fall. Somit stellt die AfD für die Parteien Die Linke und FDP aktuell eine größere Konkurrenz als für die Volksparteien dar. Gleichzeitig scheint die AfD derzeit AnhängerInnen aus dem gesamten rechten Lager zu gewinnen.

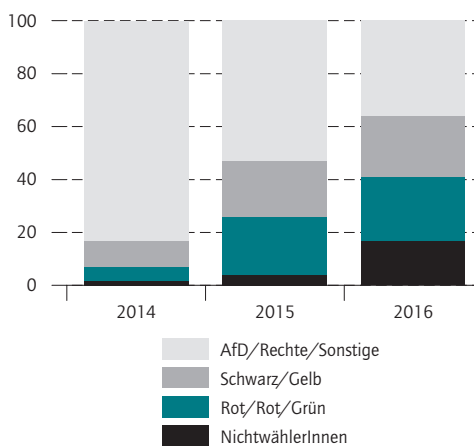
Nimmt man die Perspektive der AfD ein und schaut sich nach der Wahlentscheidung 2013 an, aus welchen politischen Lagern die AnhängerInnen kommen, ergibt sich ein anderes Bild. Obwohl relativ gesehen wenige WählerInnen von Union und SPD, die in den Jahren 2014 bis 2016 eine langfristige Bindung an eine Partei be-

<sup>15</sup> Bei der FDP kann dieser Anstieg sicherlich auch zu Teilen durch deren Ausscheiden aus dem Bundestag im Jahr 2013 erklärt werden. Die Attraktivität des national-konservativ verschärften Profils der AfD im Jahr 2016 unter den WählerInnen der Linken, deckt sich mit sozialwissenschaftlichen Befunden, die WählerInnen linker Parteien deutlich konservativere Haltungen attestieren, als es das tatsächliche Programm der Parteien vermuten lässt, Decker, F. (2016), a. a. O.

Abbildung 2

**Zusammensetzung der AfD-Anhängerschaft nach Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2013<sup>1</sup>**

Anteile in Prozent



<sup>1</sup> Die Angaben zur Bundestagswahl 2013 stammen aus dem Erhebungsjahr 2014.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel v32.beta; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Fast die Hälfte der AfD-AnhängerInnen 2016 hat bei der Bundestagswahl 2013 eine etablierte Partei gewählt.

richten, der AfD zuneigen, bilden diese aufgrund ihrer Gruppengröße aus Sicht der AfD aktuell einen relevanten Teil der AnhängerInnenschaft. Im Jahr 2014 sind noch über 80 Prozent der AfD-AnhängerInnen WählerInnen der AfD, der Republikaner, der NPD oder sonstiger Parteien in der Bundestagswahl 2013. Mit dem Anwachsen der AfD-AnhängerInnenschaft schrumpft dieser Anteil auf nur noch etwa ein Drittel in diesem Jahr (Abbildung 2). In etwa gleichen Teilen von je mehr als 20 Prozent sind die restlichen AfD-AnhängerInnen im Jahr 2016 ehemalige WählerInnen von SPD, B90/Die Grünen und Linke (Rot/Rot/Grün) sowie WählerInnen von Union und FDP (Schwarz/Gelb). 17 Prozent sind ehemalige NichtwählerInnen.

Insgesamt zeigen diese Entwicklungen und die Zusammensetzung der aktuellen AnhängerInnenschaft anhand der vergangenen Wahlentscheidung, dass die AfD auch, aber nicht ausschließlich, als Partei beschrieben werden kann, die Menschen aus rechten Lagern anzieht. Die rechts zu verortenden Positionen und schärfer rechts-populistischen Töne der Partei scheinen auch Anklang unter WählerInnen anderer Parteien zu finden.

Dieses Bild deckt sich auch mit der politischen Selbstverortung der Befragten auf dem Links-Rechts-Kontinuum,

Tabelle 3

**Personen mit Parteibindung, die der AfD zuneigen, nach politischen Einstellungen**

Anteile in Prozent

	2014	2015	2016
<b>Politische Selbstverortung<sup>1</sup></b>			
Sehr links	0	1	0
Eher links	1	1	3
Mitte	1	3	4
Eher rechts	3	5	6
Sehr rechts	7	8	22
<b>Politisches Interesse</b>			
Keines/Gering	1	2	5
(Sehr) Stark	2	3	5
<b>Demokratiezufriedenheit<sup>2</sup></b>			
Sehr unzufrieden	5	11	26
Eher unzufrieden	2	5	10
Unentschieden	1	2	2
Eher zufrieden	1	1	1
Sehr zufrieden	1	1	1
<b>Allgemeine Wirtschaftslage</b>			
Keine Sorgen	1	2	2
Einige Sorgen	2	3	4
Große Sorgen	2	5	11
<b>Eigene finanzielle Situation</b>			
Keine Sorgen	1	2	3
Einige Sorgen	2	3	6
Große Sorgen	1	5	12
<b>Kriminalität</b>			
Keine Sorgen	0	1	1
Einige Sorgen	1	2	2
Große Sorgen	3	6	8
<b>Zuwanderung</b>			
Keine Sorgen	0	0	0
Einige Sorgen	1	1	1
Große Sorgen	4	8	10
<b>Insgesamt</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>5</b>

1 Die Angaben stammen aus dem Erhebungsjahr 2014. Fehlende Angaben wurden durch Angaben in früheren Erhebungen ersetzt. Erhoben wurde auf einer 11-stufigen Skala. Die Skalen-Werte 0 und 1 wurden als "sehr links" zusammengefasst, die Werte 2 bis 4 zu "eher links", der Wert 5 zu "Mitte", die Werte 6 bis 8 zu "eher rechts" und die Werte 9 und 10 zu "sehr rechts".

2 Die Angaben stammen aus dem Jahr 2016. Fehlende Angaben wurden durch Angaben in früheren Erhebungen ersetzt. Erhoben wurde auf einer 11-stufigen Skala. Die Skalen-Werte 0 bis 2 wurden als "sehr unzufrieden" zusammengefasst, die Werte 3 und 4 zu "eher unzufrieden", der Wert 5 zu "unentschieden", die Werte 6 und 7 zu "eher zufrieden" und die Werte 8 bis 10 zu "sehr zufrieden".

Lesebeispiel: Von den Personen, die 2016 angaben, einer Partei in Deutschland längerfristig zuzuneigen und von großen Sorgen um Zuwanderung berichten, nannten zehn Prozent eine dauerhafte Parteineigung für die AfD, die verbleibenden 90 Prozent nannten eine andere Partei.

Quellen: Sozio-ökonomisches Panel v32.beta; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die AfD ist vor allem attraktiv für Personen, die angeben, sich um Zuwanderung zu sorgen und mit der Demokratie unzufrieden zu sein.

die ebenfalls im SOEP erfragt wird (Tabelle 3). Von Beginn an gewinnt die AfD prozentual gesehen vor allem längerfristige AnhängerInnen unter den Personen, die sich politisch als rechts positionieren. Im Jahr 2016 ge-

ben 22 Prozent der Personen, die sich sehr rechts verorten, eine Parteineigung zugunsten der AfD an. 78 Prozent der Personen, die sich sehr rechts positionieren, neigen einer anderen Partei zu.

Dennoch findet die AfD über das gesamte Spektrum der politischen Selbstverortung AnhängerInnen. So gaben in diesem Jahr beispielsweise immerhin vier Prozent der Befragten, die an eine Partei gebunden sind und sich der politischen Mitte zuordnen, an, der AfD zuzuneigen.

**AnhängerInnen der AfD geben an, sich um Migration zu sorgen und mit der Demokratie unzufrieden zu sein**

Auch hinsichtlich anderer politischer Einstellungen zeigt sich ein zunehmend klares Profil der AfD-AnhängerInnenenschaft (Tabelle 3). So zeigen die Befragungsdaten des SOEP, dass die AfD von 2014 bis 2016 zwar in gleichem Maße Personen mit hohem und niedrigem politischen Interesse anzog, jedoch überproportional oft Menschen, die angaben, mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden zu sein. Der AfD gelingt es aktuell, etwa jede vierte Person mit einer Parteibindung, die sehr unzufrieden mit der Demokratie ist, an sich zu binden. Weiterhin akquiriert die AfD gegenwärtig ihre AnhängerInnen insbesondere unter den Personen, die erklärten, sich große Sorgen um die wirtschaftliche Lage im Allgemeinen (elf Prozent), die eigene finanzielle Situation (zwölf Prozent) sowie die Themen Zuwanderung (zehn Prozent) und Kriminalität in Deutschland (acht Prozent) zu machen.<sup>16</sup> Dies entspricht auch der aktuellen inhaltlichen Ausrichtung und der öffentlichen Rhetorik der AfD, die sich vor allem auch auf die Furcht vor sozialem Abstieg und vor den Folgen von Zuwanderung nach Deutschland bezieht.<sup>17</sup>

**Schlussfolgerungen**

Die AfD wurde vor drei Jahren als Partei mit europakritischem und national-konservativem Profil sowie der Euro(pa)krise als thematischem Schwerpunkt gegründet. Nach längeren Auseinandersetzungen um die inhaltliche Ausrichtung der Partei hat sich mit dem „Grundsatzprogramm“ aus dem Frühjahr 2016<sup>18</sup> eine deutlich national-konservativere und auch zugewanderungskritische Position herausgebildet. Damit reiht sich die AfD

16 Im SOEP werden jährlich weitere Bereiche erhoben, in denen Befragte ihr Ausmaß an Sorgen berichten können. Zu deutlich geringeren Anteilen zieht die AfD Personen an, die sich große Sorgen um andere Themen, wie beispielsweise den Klimawandel, den Umweltschutz oder Fremdenfeindlichkeit, machen.

17 Vgl. hierzu auch Decker, F. (2016), a. a. O.

18 [www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf).

mit schärferer Rhetorik in die Riege der rechtspopulistischen<sup>19</sup> Parteien in Europa ein.

Eine nähere Betrachtung der AfD-AnhängerInnenschaft anhand der Daten des SOEP zeigt, dass die Wahlerfolge und die Popularität der AfD in den Meinungsumfragen auch mit einem steigenden Anteil an Personen einhergeht, die angaben, der AfD zuzuneigen. Es zeigt sich also, dass die AfD, jenseits temporärer politischer Stimmungen, die Basis einer ersten soliden AnhängerInnenenschaft vergleichsweise schnell aufgebaut hat.

Während sich im Jahr 2014 noch kein deutliches Bild der Personen ergab, die eine Parteibindung für die AfD an-

---

**19** Dass die Verwendung des Begriff „rechtspopulistisch“ bei der AfD angemessen ist, bestätigen auch politikwissenschaftliche Studien, vgl. Lewandowsky, M., Giebler, H., Wagner, A. (2016): Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. Politische Vierteljahresschrift 57 (2), 247-275.

**Martin Kroh** ist stellvertretender Leiter im Sozio-oekonomischen Panel am DIW Berlin und Professor für Sozialwissenschaftliche Methoden an der Humboldt-Universität zu Berlin | [mkroh@diw.de](mailto:mkroh@diw.de)

gaben, zeichnet sich aktuell klarer ab, bei welchen Bevölkerungsgruppen die Positionen der AfD Gehör finden. Aktuell gewinnt die Partei AnhängerInnen vor allem unter Männern, BürgerInnen in den neuen Bundesländern, Personen mit geringer und mittlerer Bildung, ArbeiterInnen und Arbeitslosen sowie jungen Personen unter 30 Jahren.

Die AfD zieht derzeit vor allem AnhängerInnen unter ehemaligen NichtwählerInnen und WählerInnen rechtsextremer Parteien an, aber auch für die Parteien Die Linke und FDP stellt die noch junge Partei eine Konkurrenz dar.

Im Einklang mit der deutlich stärkeren rechtspopulistischen Ausrichtung und der Fokussierung auf das Thema Migration steht der Befund, dass die AfD insbesondere unter Personen auf „offene Ohren“ stößt, die sich politisch rechts verorteten, Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und große Sorgen um Zuwanderung äußerten.

**Karolina Fetz** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin | [karolina.fetz@hu-berlin.de](mailto:karolina.fetz@hu-berlin.de)

---

## AFD FINDS SUPPORT IN CITIZENS WHO ARE DISSATISFIED WITH THE STATE OF DEMOCRACY

---

**Abstract:** Three years after its founding, the Alternative for Germany (Alternative für Deutschland, AfD) is now represented in eight German *Landtagen*. The party, which was founded with a eurosceptical and national conservative profile, has changed notably both in terms of its agenda and its representatives, and is increasingly starting to resemble other right-wing populist parties in Europe. According to the present study, which is based on data from the German Socio-Economic Panel (SOEP) for the years 2014 through 2016, the AfD is drawing in supporters

relatively quickly. Today, the AfD boasts more followers than the Republicans, the German People's Union, or the National Democratic Party, respectively, ever have—that is, roughly as many as the Free Democratic Party's long-term average or somewhat fewer than the Greens had in the '80s. The party's base has also grown in scope and changed significantly in composition: more and more right-wingers and non-voters, as well as citizens who are anti-immigration or dissatisfied with the current democracy, are identifying with the AfD.

JEL: D72, Z13

**Keywords:** Alternative für Deutschland, Party identification, SOEP



Prof. Dr. Martin Kroh, Stellvertretender  
Leiter, Infrastruktureinrichtung  
Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin

## SECHS FRAGEN AN MARTIN KROH

# »AfD-AnhängerInnen kommen zunehmend aus der Gruppe der NichtwählerInnen«

1. Herr Kroh, die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine junge Partei, die zu Beginn vorwiegend als eine Protestpartei wahrgenommen wurde, die sich gegen den Euro positioniert. Inwiefern hat sich das Bild der AfD seit ihrer Gründung gewandelt? Die AfD hat sich in den letzten eineinhalb Jahren inhaltlich und personell deutlich verändert. Auch das Grundsatzprogramm der Partei zeigt, dass die Eurokrise etwas in den Hintergrund getreten ist und dafür Themen wie die Migration deutlich an Bedeutung gewonnen haben. Von vielen wird sie mittlerweile als rechtspopulistisch bezeichnet. Letztlich ist sie ja auch im EU-Parlament der Fraktion beigetreten, in der Parteien wie UKIP oder die FPÖ organisiert sind.
2. Ist Politikverdrossenheit noch immer ein grundlegendes Motiv, die AfD zu wählen? Unser Untersuchungszeitraum sind die Jahre 2014 bis 2016. In diesem Zeitraum haben sich die AfD-Anhängerinnen und Anhänger in ihrem Profil deutlich verändert. Gleich geblieben ist unter anderem die Unzufriedenheit mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert. Unter den Personen, die mit der Demokratie in Deutschland sehr unzufrieden sind, finden sich überproportional viele Anhängerinnen und Anhänger der AfD. Unter den Personen, die mit der Demokratie in Deutschland sehr zufrieden sind, finden wir in unseren Daten faktisch kaum AfD-Anhängerinnen und -anhänger.
3. Wie unterschiedlich ist die Parteibindung, wenn man nach Altersgruppen und Geschlecht unterscheidet? Bei den Parteianhängerinnen und Parteianhängern ist es ähnlich wie bei den Parteimitgliedern. Studien zufolge gibt es in der AfD einen deutlichen Männerüberhang. In der Altersstruktur gab es in den letzten drei Jahren deutliche Veränderungen. Während im Jahr 2014 die Parteianhängerinnen und Parteianhänger noch über alle Altersgruppen in ähnlicher Weise verteilt waren, zeigen sich zunehmend viele Anhängerinnen und Anhänger bei den Personen unter 30 Jahren. Bei jungen Menschen hat die AfD in den letzten ein zwei Jahren deutlich gewonnen.
4. Hat die Partei mittlerweile eine loyale Anhängerschaft aufgebaut, oder stützt sie sich immer noch auf

wechselnde Wählerschichten? Legt man die Sonntagsfrage zugrunde, liegt die AfD seit eineinhalb Jahren ungefähr bei zweistelligen Ergebnissen. Relativ viele Personen berichten also, dass sie die Partei wählen würden. Die Parteianhängerschaft ist eine deutlich kleinere Gruppe. Das sind Personen, die in unserer Befragung antworten, dass sie einer Partei zuneigen. Der Anteil derjenigen, die eine Parteibindung ausschließlich zur AfD angeben, liegt 2016 bei nur vier bis fünf Prozent, ist aber in den letzten Jahren gewachsen. Das erscheint vielleicht erst einmal wenig, liegt aber ungefähr auf dem Niveau, das die FDP im langjährigen Mittel erreicht. Man kann also schon unterstellen, dass die AfD bereits einen Sockel an Anhängerinnen und Anhängern hat.

5. Welche Parteien in Deutschland verlieren Wähler an die AfD? Wir haben uns angeschaut, wer Parteianhänger ist und haben diese Personen gefragt, was sie bei der letzten Bundestagswahl 2013 gewählt haben. Dabei sieht man, dass die AfD-Anhänger zunehmend aus der Gruppe der Nichtwähler und Nichtwählerinnen, aber auch aus dem Lager der rechtsextremen Parteien stammen. 30 Prozent der Menschen, die bei der vergangenen Wahl Republikaner, NPD oder Ähnliches gewählt haben, unterstützen heute die AfD. Die Parteien, die relativ viele Wählerinnen und Wähler an die AfD verlieren, sind die Linke und die FDP. Die Volksparteien und die Grünen verlieren prozentual relativ wenige Wählerinnen und Wähler an die AfD.
6. In der Bundesrepublik Deutschland hat sich bislang keine rechtspopulistische Partei dauerhaft etablieren können. Könnte das der AfD gelingen? Man sieht in den letzten Monaten, dass die AfD vor und nach dem Austritt des Parteigründers Bernd Lucke damit kämpft, sich von rechtsextremen Positionen abzugrenzen. Zum Beispiel ist auch der Umgang mit der Pegida-Bewegung immer wieder ein Thema in der Partei. Ich denke, dass die Zukunft der Partei davon abhängen wird, ob sie es schafft, sich als konservative Alternative rechts neben der Union zu platzieren oder ob sie in das rechtsextreme Lager abrutscht.

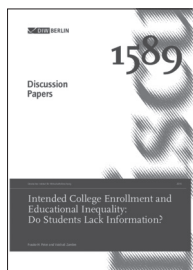
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden  
Sie auf [www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

Discussion Papers Nr. 1589

2016 | Frauke H. Peter and Vaishali Zambre



## Intended College Enrollment and Educational Inequality: Do Students Lack Information

Despite increasing access to university education, students from disadvantaged or non-academic family backgrounds are still underrepresented at universities. In this regard, the economic literature mainly studies the effect of financial constraints on post-secondary educational decisions. Our knowledge on potential effects of other constraints regarding university education is more limited. We investigate the causal relationship between information and educational expectations using data from a German randomized controlled trial in which students in high schools were treated with information on the benefits as well as on different funding possibilities for university education. We find that the provision of information increases intended college enrollment for students from a non-academic family background, while it leads students from academic backgrounds to lower their enrollment intentions. Our results suggest that educational inequality can be reduced by providing students with relevant information, while simultaneously improving post-secondary education matches.

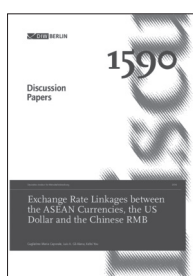
[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)



---

Discussion Papers Nr. 1590

2016 | Guglielmo Maria Caporale, Luis A. Gil-Alana and Kefei You



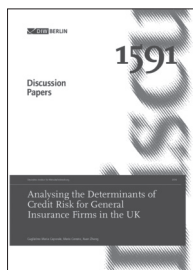
## Exchange Rate Linkages between the ASEAN Currencies, the US Dollar and the Chinese RMB

This paper investigates whether the RMB is in the process of replacing the US dollar as the anchor currency in nine ASEAN countries, and also the linkages between the ASEAN currencies and a regional currency unit. A long-memory (fractional integration) model allowing for endogenously determined structural breaks is estimated for these purposes (Gil-Alana, 2008). The results suggest that the ASEAN currencies are much more interlinked than previously thought, whether or not breaks are taken into account, which provides support for a regional currency index as an anchor. Moreover, incorporating a break shows that the linkages between these currencies and the RMB and the US dollar respectively are equally important, and in fact in recent years the former have become stronger than the latter. Therefore including the RMB in the regional index should be considered.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)



Discussion Papers Nr. 1591  
2016 | Guglielmo Maria Caporale, Mario Cerrato and Xuan Zhang



## Analysing the Determinants of Credit Risk for General Insurance Firms in the UK

This paper estimates a reduced-form model to assess the credit risk of General Insurance (GI) non-life firms in the UK. Compared to earlier studies, it uses a much larger sample including 30 years of data for 515 firms, and also considers a much wider set of possible determinants of credit risk. The empirical results suggest that macroeconomic and firm-specific factors both play important roles. Other key findings are the following: credit risk varies across firms depending on their business lines; there is default clustering in the GI industry; different reinsurance levels also affect the credit risk of insurance firms. The implications of these findings for regulators of GI firms under the coming Solvency II are discussed.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)



---

Discussion Papers Nr. 1992  
2016 | Johannes Geyer und Alexandra Krause



## Veränderungen der Erwerbsanreize durch das Elterngeld Plus für Mütter und Väter

Unser Beitrag nimmt die zu erwartenden Effekte des Elterngeld Plus und der Partnerschaftsbonusmonate in den Blick. Dem Reformziel entsprechend betrachten wir zum einen die Anreize für die Erwerbsbeteiligung von Müttern im ersten und zweiten Jahr nach der Geburt und zum anderen die möglichen Wirkungen auf die Beteiligung der Väter an der Elterngeldnutzung. Das Elterngeld wurde inzwischen acht Jahre lang erprobt, und die Einführung des Elterngeld Plus reagiert auf mittlerweile vorliegende Erfahrungen und Evaluationsergebnisse, auf die sich auch unser eigener Beitrag stützt.

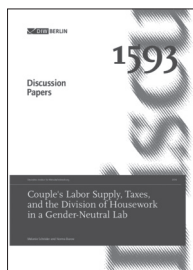
Germany introduced parental leave benefits eight years ago. The reform of the parental leave scheme in 2015 reacts to the experiences with this new family policy instrument. The main objective of the 2015 reform was to improve the situation of parents who plan to start working before parental leave benefits expire. We analyze the potential impact of the new reform on maternal labor supply and leave take-up of fathers. In particular we focus on the improvement for part-time leave and the new bonus that is available for four months if both spouses work between 25 and 30 hours per week..

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)



Discussion Papers Nr. 1593

2016 | Melanie Schröder and Norma Burow



## Couple's Labor Supply, Taxes, and the Division of Housework in a Gender-Neutral Lab

We use a lab-in-the-field experiment to investigate intra-couple labor supply decisions and the division of housework under individual and joint income taxation systems. In order to eliminate problems of endogenous intra-couple time use decisions, we exogenously varied not only the taxation system but also the intra-couple roles of primary and secondary earners. Using work effort as a proxy for labor supply, 62 established couples, both cohabiting and married (124 participants), performed real effort tasks under a piece rate payment system within a given time. Prior to this paid task, couples had to decide upon the allocation of an unpaid task serving as our proxy for housework. In our gender neutral lab, we find tax-effects only on men's labor supply but not on women's and no gender differences in the allocation of housework. Instead, the allocation of housework follows a purely economic rationale with the majority of secondary earners taking responsibility. This is even confirmed by a shift to a more egalitarian allocation when individual taxation is applied. However, one result replicates real world findings with married male participants providing more labor supply than cohabiting men and married women less than cohabiting women. This result hinges on the stability of specialization in married couples, which seems to overcome the gender neutral lab.

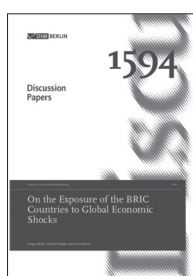
[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)



---

Discussion Papers Nr. 1594

2016 | Ansgar Belke, Christian Dreger and Irina Dubova



## On the Exposure of the BRIC Countries to Global Economic Shocks

The financial crisis led to a deep recession in many industrial countries. While large emerging countries recovered relatively quickly from the financial crisis, their performance deteriorated in the last years, despite the modest recovery in advanced economies. The higher divergence of business cycles is closely linked to the Chinese transformation. During the crisis, the Chinese fiscal stimulus prevented a decline in GDP growth not only in that country, but also in resource-rich economies. The Chinese shift to consumption-driven growth led to a decline in commodity demand, and the environment became more challenging for many emerging markets. This view is supported by Bayesian VARs specified for the BRIC (Brazil, Russia, India, and China) countries. The results reveal a strong impact of international variables on GDP growth. In contrast to the other countries, China plays a crucial role in determining global trade and oil prices. Hence, the change in the Chinese growth strategy puts additional reform pressure on countries with abundant natural resources.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)





PD Dr. Elke Holst, Forschungsdirektorin  
Gender Studies im Vorstandsbereich  
des DIW Berlin  
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin  
wieder.

# Entgeltgleichheitsgesetz: Mehr Transparenz beim Verdienst?

Das geplante Entgeltgleichheitsgesetz hat zum Ziel, mehr Transparenz bei der Entlohnung herzustellen. Laut Koalitionsvertrag soll es aber nur für Unternehmen gelten, die mindestens 500 Beschäftigte haben. Die meisten beschäftigten Frauen würden von dem Gesetz also gar nicht profitieren, weil sie in kleineren Betrieben arbeiten. Hintergrund des Vorhabens ist der seit Jahren – auch im EU-Vergleich – sehr hohe *Gender Pay Gap* in Deutschland. Derzeit liegt er laut Statistischem Bundesamt bei 21 Prozent, in der Europäischen Union bei 16 Prozent. Werden Unterschiede zwischen Frauen und Männern etwa bei Berufserfahrung, Erwerbsumfang, Bildung, Branche und Beruf und auch der Verortung in Führungspositionen berücksichtigt, fällt der *Gender Pay Gap* mit sieben Prozent deutlich geringer aus. Interessanterweise wird diese Lücke in Deutschland auch als „bereinigt“ bezeichnet und nicht als „angepasst“, wie es die englische Übersetzung des Begriffs „adjusted“ nahelegen würde. Der Begriff „bereinigt“ birgt jedoch die Gefahr, dass die durch eine statistische Zerlegung ermittelte Lücke als gerechtfertigt gedeutet wird.

Manche Studien gehen denn auch davon aus, dass die „bereinigte“ Lücke sehr klein sei und der Staat nicht eingreifen müsse, weil kein Marktversagen vorliege. Hier wird aber vergessen, dass beispielsweise auch der Zugang in bestimmte Berufe für Frauen erschwert sein kann. Die geringen Anteile von Frauen in Führungspositionen vor dem Hintergrund der seit vielen Jahren hervorragenden Bildungsabschlüsse hochmotivierter Frauen sind dafür ein nicht zu übersehendes Zeichen. Wir alle unterliegen Vorstellungen über Fähigkeiten und Eigenschaften von Frauen und Männern. Das Problem

ist, dass derartige Geschlechterstereotype oft unerkannt tief im Alltagswissen einer Gesellschaft vergraben sind. Das birgt die Gefahr von Vorurteilen und einer Abwertung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Der Markt kann dann eben nicht Chancengleichheit bei Einstellung, Aufstieg und Bezahlung der Geschlechter garantieren. Transparenz kann hier aber Entscheidungen versachlichen und helfen, Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abzubauen.

Eine verbesserte Durchlässigkeit in gut bezahlte Tätigkeiten für Frauen bis an die Spitze des Unternehmens würde auch andere Frauen motivieren, sich um Führungspositionen zu bewerben. Mehr Frauen in gut bezahlten Tätigkeiten bedeuten höhere Verdienste und das wiederum dürfte den *Gender Pay Gap* reduzieren. Es ist nicht nur Aufgabe des Staates, für mehr Lohngerechtigkeit zu sorgen. Auch Unternehmen sind gut beraten, ihre Strukturen und Arbeitsorganisation mit Blick auf blinde Flecken – oder neudeutsch: einen *unconscious gender bias* – zu untersuchen. Zudem tragen Gewerkschaften als Tarifpartei Verantwortung für die Beseitigung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede etwa bei der Gestaltung der Tarifordnung.

Die Zeit ist reif für Veränderungen. Transparenz ist dabei ein wichtiges Stichwort. Den Kritikern sei die Frage gestellt: Warum soll nicht aufgedeckt werden, was andere verdienen, wenn doch die Entlohnung gerecht ist und durch objektive Faktoren erklärt werden kann? In Ländern wie Norwegen und Schweden kennt längst jeder den Verdienst des oder der anderen – und das Abendland ist nicht untergegangen.